



Sicherheit statt Konfrontation

OSZE stärken, NATO auflösen

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Vorwort

Der Ukraine-Konflikt und die angespannten Beziehungen zwischen Russland und dem Westen haben die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) wieder in das Blickfeld der internationalen Krisendiplomatie gerückt. Die OSZE ist seit Beginn der Krise die einzige multilaterale Akteurin, die auf eine Einstellung der gewaltsamen Auseinandersetzungen hinarbeitet und die Akzeptanz der Konfliktparteien genießt.

40 Jahre nach der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki ist sie weiterhin das einzige inklusive Forum für Sicherheitsfragen und Abrüstungsverhandlungen, dem die USA und Russland als gleichberechtigte Mitglieder angehören.¹

Nach dem Ende des Kalten Kriegs erzielte die OSZE beziehungsweise noch ihre Vorgängerin, die »Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa« (KSZE),² bedeutende Erfolge bei der Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa, wie die Unterzeichnung des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag). Ein gemeinsamer Raum kollektiver Sicherheit von Vancouver bis Wladiwostok mit der OSZE als Motor schien möglich. Zudem ging es bei der 1990 verabschiedeten »Pariser Charta« um eine größere Rolle der KSZE beziehungsweise OSZE bei der Unterstützung der Demokratisierungs- und Transformationsprozesse in den osteuropäischen Mitgliedstaaten.

In den letzten anderthalb Jahrzehnten wurde die Organisation jedoch von dem Militärbündnis NATO und der Europäischen Union (EU) zunehmend in den Hintergrund gedrängt. In der Regierungszeit von Präsident Bill Clinton zu Beginn der 1990er Jahren vollzogen die USA den endgültigen Übergang zu einer unilateralen Machtpolitik, die den Einsatz von Militär zur Durchsetzung von eigenen Interessen nicht nur billigend in Kauf nahm, sondern diesem häufig den Vorzug einräumte. Der Aufbau einer neuen Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa scheiterte am

[1] Vgl. Nadja Douglas: »Ohnmächtige OSZE. Terrain für eine andere Außenpolitik«, in: Luxemburg, Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, 3/2014, Berlin, S. 92.

[2] Die KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) wurde im Jahr 1995 in OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) umbenannt, um die beabsichtigte stärkere Institutionalisierung durch eine neue Begrifflichkeit zu untermauern.

fehlenden politischen Willen, insbesondere der USA und der NATO-Staaten, die Möglichkeiten der OSZE zu nutzen und sie politisch, institutionell und materiell zu stärken. Statt die OSZE zu einem kollektiven Sicherheitssystem weiter zu entwickeln oder zumindest die bereits vorhandenen Strukturen gemeinsamer Sicherheit zu erhalten und auszubauen, wurden ein konfrontativer Sicherheitsansatz verfolgt und die Aufgabenfelder der NATO ausgedehnt. Unabhängig von punktuellen Kooperationen bei der Logistik des Afghanistankriegs, der Zusammenarbeit im Rahmen des NATO-Russland-Rats und der »Partnerschaft für den Frieden« wurde gegenüber Russland eine Einkreisungsstrategie verfolgt, die auf die Aufnahme von früheren Mitgliedern des Warschauer Pakts und ehemaligen Sowjetrepubliken in die NATO abzielt.

Die OSZE führte in Fragen der politisch-militärischen Sicherheit nur noch ein Schattendasein und diente der NATO und der EU vorrangig als Instrument zur Durchsetzung ihrer demokratiepolitischen Vorstellungen in den Transformationsländern innerhalb des Vertragsraums. Nachdem die NATO-Staaten ein Anpassungsübereinkommen über konventionelle Waffensysteme nicht ratifizierten, das klare nationale militärische Obergrenzen vorsah, hat Russland das Kernstück der Rüstungskontrolle in Europa, den KSE-Vertrag, im Jahr 2007 zunächst suspendiert. Durch die NATO-Osterweiterung und die US-Pläne für ein Raketenabwehrschild in Europa fühlte sich Russland zusätzlich bedroht und militärisch in die Ecke gedrängt. Es war deshalb bei den konventionellen Waffensystemen zu keinen weiteren Zugeständnissen mehr bereit und stieg Anfang 2015 endgültig aus dem KSE-Vertrag aus. Der aktuelle Ukraine-Konflikt zeigt, dass der Wegfall des Vertrages in Bezug auf die Transparenz von militärischen Aktivitäten und die Streitkräfteentwicklung in einer Konfliktregion schwer ins Gewicht fällt und eine Gewaltspirale begünstigt. Die noch verbliebenen Instrumente zur Sicherheits- und Vertrauensbildung, das Wiener Dokument (WD) und der Vertrag über den Offenen Himmel (OH-Vertrag beziehungsweise Open Skies Treaty), bedürfen einer grundlegenden Modernisierung; das Gleiche gilt auch für Arbeitsmethoden und Strukturen innerhalb der OSZE.

Dennoch bleibt die OSZE bei allen Problemen die einzige Organisation in der nördlichen Hemisphäre, die nach ihrer Gründungs-idee gemeinsame Sicherheit für alle Mitglieder anstrebt und nicht Sicherheit auf Kosten anderer erlangen will. Sie stellt eine grund-

sätzliche friedenspolitische Alternative zu militärischen Bündnissen wie der NATO dar, die aus Gründen der Rechtfertigung ihrer eigenen Existenz auf das Vorhandensein von äußeren Gegnern angewiesen sind.

Aus Anlass des 40. Jahrestags der Schlussakte von Helsinki will DIE LINKE mit der vorliegenden Broschüre eine kritische Würdigung der OSZE vornehmen und Vorschläge für ihre Weiterentwicklung unterbreiten. Im Programm der Partei DIE LINKE heißt es: »Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat.«³

Wir sind der Ansicht, dass die OSZE eine friedenspolitische Alternative zur NATO sein und den Rahmen für ein kollektives Sicherheitssystem in Europa bieten könnte.

In der OSZE existieren politische Verhaltensprinzipien für die Gewährleistung von Frieden, Sicherheit und Menschenrechten. Es gilt das Prinzip der Gleichberechtigung und des Konsenses unter den Mitgliedern. Zudem sind ausbaufähige Strukturen für einen friedlichen Konfliktregulierungsmechanismus und für die menschenrechtliche Dimension von Frieden und Sicherheit vorhanden.⁴

Daran gilt es anzuknüpfen. Gegenseitige und kollektive Sicherheit, Abrüstung und strukturelle Nichtangriffsfähigkeit dienen dem Frieden in Europa und der Welt. Konfrontationsdenken, militärische Abschreckung und Hochrüstung mit immer wirkungsvolleren Massenvernichtungswaffen erzeugen Unsicherheit und zerstören Vertrauen. Es ist höchste Zeit, über reale Alternativen zur NATO nachzudenken. Die Menschen wollen Frieden und Sicherheit statt Konfrontation. Als Voraussetzung dafür muss die politische, ökonomische und militärische Integrationskonkurrenz zwischen der NATO, der EU und Russland zugunsten eines zivilen Ansatzes gesamteuropäischer Sicherheit überwunden werden. Selbstverständlich müssen innenpolitische Demokratiedefizite und Völkerrechtsverletzungen aller Mitgliedstaaten kritisiert werden.

[3] Vgl. www.die-linke.de/partei/dokumente/programm-der-partei-die-linke/iv6-wie-schaffen-wir-frieden-abruerstung-kollektive-sicherheit-und-gemeinsame-entwicklung/frieden-in-solidaritaet-statt-kriege, abgerufen 10. 2. 2015.

[4] Vgl. Antrag der Gruppe der PDS, Bundestagsdrucksache 13/5800.

Das Feindbild einer russischen Bedrohung oder gar eine Gleichsetzung des russischen Präsidenten Wladimir Putin mit Adolf Hitler sind jedoch entschieden zurückzuweisen und dienen vor allem der Rechtfertigung von militärischen Aufrüstungsbestrebungen der NATO-Staaten.

Berlin, Juni 2015



Katrin Kunert
Für die Fraktion DIE LINKE
Mitglied im Verteidigungsausschuss
des Deutschen Bundestags



Dr. Alexander S. Neu
Für die Fraktion DIE LINKE
Mitglied im Verteidigungsausschuss
des Deutschen Bundestags



Andrej Hunko
Für die Fraktion DIE LINKE
Mitglied im Europaausschuss
des Deutschen Bundestags

1. Aufgaben und Strukturen der OSZE

Die OSZE ist aus der gleichnamigen Konferenz hervorgegangen, die maßgeblich dazu beigetragen hat, den Ost-West-Konflikt einzuhegen und den Frieden in Europa zu erhalten. Meilenstein auf diesem Weg war die Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki im Jahr 1975. Darin verpflichteten sich die Unterzeichnerstaaten zur Unverletzlichkeit der Grenzen, friedlichen Beilegung von Streitfällen, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten sowie zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Des Weiteren wurde die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Umwelt vereinbart.

1.1 Unterschiedliche Sicherheitsdimensionen:

Der politisch-militärische Bereich (Korb 1):

Die OSZE befasst sich mit vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, Abrüstungs- und Rüstungskontrollinitiativen wie dem Kampf gegen den illegalen Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen sowie Projekten zur Vernichtung oder sicheren Lagerung konventioneller Waffen und Munition.

Wirtschaft und Umwelt (Korb 2):

Die OSZE fördert Umweltschutz, Umweltbewusstsein, Umweltsicherheit, Klein- und Mittelbetriebe und Investitionen.

Humanitärer und menschenrechtlicher Bereich (Korb 3):

Die OSZE tritt für die Einhaltung der universalen Menschenrechte und demokratischen Grundrechte mittels konkreter Aktivitäten vor Ort und regelmäßiger Wahlbeobachtungsmissionen in den Mitgliedsländern ein.⁵

[5] Vgl. www.osce.org/de/mc/87584, abgerufen 16.2.2015.

1.2 Führungsgremien und Organe der OSZE

Amtierender Vorsitzender:

Den Vorsitz führt stets ein Teilnehmerstaat, er wechselt jährlich. Derzeit hat ihn Serbien inne. Der amtierende Vorsitz (Serbien, seit 2015) bildet mit dem vorherigen (Schweiz, im Jahr 2014) sowie dem folgenden (Deutschland, im Jahr 2016) Vorsitz zwecks Kontinuitätswahrung die »Troika« und wird vom Generalsekretär unterstützt. Der amtierende Vorsitzende kann persönliche Beauftragte oder Sonderbeauftragte für spezielle Fragen ernennen.

Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs:

Dies ist das eigentliche Machtzentrum, das politisch bindende Beschlüsse fasst. Es tagt nur unregelmäßig. Dass der letzte Gipfel erst wieder nach zehn Jahren im Jahr 2010 in Astana (Kasachstan) stattfand und ergebnislos scheiterte, zeigte, wie groß die unterschiedlichen Vorstellungen der Mitglieder über die künftige inhaltliche und strategische Ausrichtung der OSZE sind.

Ministerrat:

Er besteht aus den Außenministern der Mitgliedstaaten und kommt einmal pro Jahr zusammen, um die Aktivitäten der OSZE zu überprüfen sowie Anleitungen und Orientierungshilfen zu geben.

Ständiger Rat:

Er ist das wichtigste regelmäßig tagende Gremium für politische Konsultationen und Beschlussfassung. Er besteht aus den Delegationsleitern der OSZE-Teilnehmerstaaten und kommt einmal wöchentlich in Wien zusammen. Angebunden sind die Komitees (Foren) der drei Sicherheitsdimensionen (Körbe). Das Forum für Sicherheitskooperation, das in der politisch-militärischen Dimension federführend ist, tagt ebenfalls einmal pro Woche in Wien.

Parlamentarische Versammlung (PV):

Sie setzt sich aus 323 Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus allen Teilnehmerstaaten zusammen. Ihre Hauptaufgabe ist die Förderung des interparlamentarischen Dialogs sowie die Durchführung von Wahlbeobachtungsmissionen in den Mitgliedsländern.⁶

[6] Vgl. www.oscepa.org, abgerufen 13. 2. 2015.

Vergleichs- und Schiedsgerichtshof:

Er hat sich am 29. Mai 1995 in Genf konstituiert. Da er bislang nicht von allen Mitgliedern anerkannt wurde, ist er bis jetzt nicht tätig geworden. Das ihm zugrunde liegende Übereinkommen über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der OSZE ist am 5. Dezember 1994 in Kraft getreten und wurde mittlerweile von 33 Staaten, darunter Deutschland, ratifiziert. Die Teilnehmer könnten in einem Streitfall das Schiedsgericht oder die Vergleichskommission anrufen. Würde ein Streitfall der Vergleichskommission unterbreitet, spräche diese eine Empfehlung aus, die für die betreffenden Staaten keinen verbindlichen Charakter besäße. Mit Einverständnis der Streitparteien könnte aber auch ein Schiedsverfahren eingeleitet werden, dessen Schiedsspruch dann verbindlich wäre.⁷

Darüber hinaus existieren noch einige Spezialgremien insbesondere in der humanitären und menschenrechtlichen Sicherheitsdimension (Korb 3) wie das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten sowie der Beauftragte für die Freiheit der Medien. Hinzu kommen Mediationsaufgaben von OSZE-Missionen beziehungsweise spezielle Arbeitsgruppen für die ungelösten Territorialkonflikte auf dem Balkan und im Südkaukasus.



Tim Guldemann, ehemaliger Botschafter der Schweiz in der BRD und 2014 Leiter der OSZE-Delegation im Ukraine-Konflikt

[7] Vgl. www.wien-osze.diplo.de/Vertretung/wienosce/de/02/Vergleichs-_20und_20Schiedsgerichtshof.html, abgerufen 13. 2. 2015.

2. Gegensätzliche Konzepte von Sicherheits- und Verteidigungssystem

2.1 System Kollektiver Sicherheit

Die OSZE ist gegenwärtig die einzige paneuropäische Sicherheitsorganisation, die zu einem System gegenseitiger und kollektiver Sicherheit ausgebaut werden könnte. Der Begriff des »Systems kollektiver Sicherheit« wird dabei häufig zu Unrecht für verschiedene Systeme verwendet⁸, gegenwärtig sowohl für die NATO wie für die OSZE. Dieser interessengeleitete und instrumentelle Sprachgebrauch darf nicht von der ursprünglichen Idee ablenken. Ein System kollektiver Sicherheit ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Staaten, darunter auch ehemalige Gegner und Konkurrenten, die sich dazu verpflichten, künftig im gegenseitigen Verhältnis das Gewaltverbot zu achten und Verstöße mit kollektiven nicht-militärischen und in letzter Konsequenz auch mit militärischen Mitteln zu ahnden, um den Status quo ante wiederherzustellen. Ein solches System ist stets inklusiv ausgerichtet und soll den inneren Frieden unter den Mitgliedstaaten garantieren. Es wirkt konfliktvorbeugend, indem es Bedingungen schafft, die die Sicherheitskosten für alle Mitglieder begrenzen und die Entstehung einer Kriegsgefahr verhindert. Es strebt keine Sicherheit durch militärische Überlegenheit gegenüber anderen an und fördert die Zusammenarbeit zwischen den Staaten. Ein System kollektiver Sicherheit würde die baltischen Staaten vor einem Angriff Russlands schützen, genauso wie es für Russland Sicherheit vor der NATO bieten würde. Zusätzlich stünden weitere Instrumente für eine kooperative Sicherheitsstruktur zur Verfügung:

- Abrüstungsvereinbarungen und Abrüstungskontrollverfahren,
- Beseitigung von militärischen Angriffsfähigkeiten bei Waffensystemen,
- Verfahren für vertrauensbildende Maßnahmen in Fragen der militärischen Sicherheit und zur effektiven Rüstungskontrolle.

[8] Vgl. Bundestagsdebatte vom 7. Oktober, S. 2289, [http://dipbt.bundestag.de/doc\(btp/02/02047.pdf](http://dipbt.bundestag.de/doc(btp/02/02047.pdf), abgerufen 28. 4. 2015.

Damit können Bedrohungswahrnehmungen abgebaut und beseitigt werden, um den Frieden mithilfe struktureller Nichtangriffsfähigkeit auf eine dauerhafte Grundlage zu stellen.

2.2 System Kollektiver Verteidigung

Den Gegenentwurf zu einem System kollektiver Sicherheit stellt ein System kollektiver Verteidigung dar – wie es die NATO bis zur Auflösung des Warschauer Pakts im Jahr 1991 gewesen ist. Es handelt sich um einen Zusammenschluss von Staaten gegen äußere Bedrohungen durch andere Staaten. Weil es sich gegen andere Staaten abgrenzt, die dem Bündnis nicht angehören, kann das System nur regionalen beziehungsweise überregionalen Charakter tragen, aber nie global sein. Verteidigungssysteme sind immer auf die tatsächliche oder vermeintliche Existenz von äußeren Gegnern angewiesen. Sie tendieren grundsätzlich zur Aufrüstung, um die Sicherheit der eigenen Mitglieder durch militärische Überlegenheit über äußere Gegner zu sichern. Das kollektive Verteidigungssystem zielt nicht vorrangig darauf ab, den Frieden zu bewahren, sondern den eigenen Staat und die verbündeten Staaten gegen andere Staaten zu verteidigen. Dies gilt umso mehr, seit der Verteidigungsbegriff in politischer Hinsicht zunehmend von seiner ursprünglichen territorialen Gebundenheit losgelöst und in wachsendem Maß auf die Verteidigung von gemeinsamen Interessen und Werten ausgerichtet wurde. Die Nichtmitglieder eines Verteidigungssystems sind daher nicht vor Angriffen eines Bündnismitglieds beziehungsweise des Bündnisses selbst geschützt. Das zeigen die Beispiele der US-Invasion im Irak im Jahr 2003 zum Zweck des Regimewechsels oder der völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien im Jahr 1999.

Um das Fortbestehen des kollektiven Verteidigungssystems zu legitimieren, werden häufig neue Bedrohungen erst geschaffen oder konstruiert. Beispielhaft hierfür steht die Situation der NATO nach dem Ende des Kalten Kriegs. Durch die Selbstauflösung des Warschauer Pakts gab es keinen ernsthaften militärischen Gegner mehr. Russland galt sogar als möglicher künftiger Partner. Die damalige Legitimationskrise der NATO wurde durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien sowie durch die Anmaßung von neuen Aufgabenbereichen überwunden. Als neue Aufgabenbereiche definierte die NATO die militärische Absicherung von See- und Handelswegen sowie den Schutz von kritischen Infrastrukturen bei der Produktion und dem Transport

von fossilen Energieträgern. Die NATO garantiert damit nicht nur den militärischen Status quo des eigenen Bündnisses, sondern dient auch den expansiven geopolitischen Interessen einzelner Mitglieder. Allen voran zu nennen sind hier die USA und die mächtigen EU-Staaten innerhalb der NATO, darunter vor allem Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Parallel dazu arbeiten die EU und die NATO militärisch immer enger zusammen.

Die NATO ist vor diesem Hintergrund bereits Ende der 1990er Jahre zu einer Strategie konfrontativer Sicherheit gegenüber Russland zurückgekehrt. Russische Initiativen zur Entwicklung eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit oder der Wunsch nach einem NATO-Beitritt wurden blockiert.⁹ Um Russland wurde ein Ring aus neu aufgenommenen NATO-Mitgliedern gelegt. Mit der NATO-Mitgliedsperspektive für die Ukraine und Georgien ist die NATO bis unmittelbar an die Grenzen Russlands herangerückt. Zudem gibt es auch vertiefte militärische Kooperationen der NATO mit potenziellen Beitrittsanwärtern im Rahmen des Programms »Partnerschaft für den Frieden«. Die Einkreisungsstrategie der NATO spielt eine bedeutende Rolle im aktuellen Konflikt in der Ukraine, der die gesamte europäische Friedensordnung bedroht.

Ein Umsteuern ist dringend notwendig. Wenn Frieden und Sicherheit in Europa gesichert und die Gefahr von bewaffneten Konflikten dauerhaft gebannt werden sollen, muss ein dauerhaftes System gegenseitiger kollektiver Sicherheit geschaffen werden, das auch die neuen NATO-Mitglieder in Mittel- und Osteuropa umfasst. Es muss auf Inklusion, Zusammenarbeit und Vertrauen beruhen.

Die NATO muss aufgelöst werden. Sie ist keine Garantin für Frieden und Stabilität in Europa, sondern eine Bedrohung für die internationale Sicherheit weit über den europäischen Kontinent hinaus. Die NATO ist das Gegenteil eines Systems kollektiver Sicherheit.

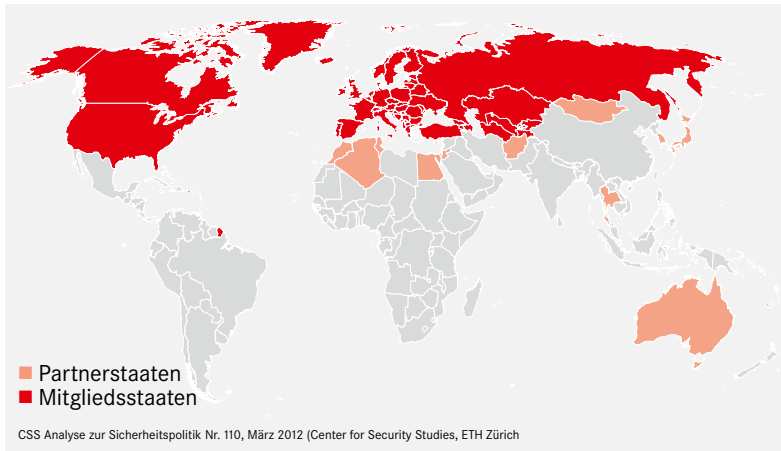
Die OSZE kann und muss langfristig an die Stelle der NATO treten – nicht als militärisch hochgerüstetes Verteidigungssystem, sondern als System gegenseitiger kollektiver Sicherheit.

[9] Vgl. www.faz.net/aktuell/politik/russland-debatte-nato-beitritt-in-der-logik-130230.html, abgerufen 28. 4. 2015.

3. Ausbau der OSZE zu einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit

Die OSZE umfasst heute 57 Mitglieder des euroatlantischen und eurasischen Raums, darunter alle europäischen Staaten außer Kosovo, alle Nachfolgestaaten der UdSSR, die Türkei, die Mongolei sowie die USA und Kanada. Sie ist damit die einzige paneuropäische Sicherheitsorganisation, in der die USA und Russland gleichberechtigte Mitglieder sind und in der es keine einzelnen Vetomächte gibt.

Mitglieds- und Partnerstaaten der OSZE (2012)



In ihrem gegenwärtigen Zustand wird sie den aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen nicht gerecht. Es fehlt ihr auch an effektiven Arbeitsstrukturen, Finanzen und Personal. Das liegt daran, dass die OSZE lange Zeit lediglich eine verestete Staatenkonferenz zur Friedenssicherung war, die bis heute weitgehend von den nationalen Regierungen der Mitgliedstaaten abhängig ist (Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs). In politischer Hinsicht haben vor allem die USA als Hegemonialmacht sowie in ihrem Schlepptau die NATO-Staaten einen Bedeutungsverlust der OSZE zu verantworten. Die politisch-militärische Sicherheitsdimension (Korb 1) wurde von ihnen innerhalb des OSZE-Aufgabenspektrums zurückgedrängt. Gleichzeitig wurde die NATO in mehreren Erweiterungsrounden um alle ehemaligen osteuropäischen Mitglieder des

Warschauer Pakts bis unmittelbar an die Grenzen Russlands ausgedehnt. Anstelle einer verstärkten gemeinsamen Sicherheitskooperation oder des Aufbaus eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit haben die NATO-Staaten die sicherheitspolitische Rolle der OSZE geschwächt und gegenüber Russland erneut eine Strategie konfrontativer Sicherheit verfolgt. Auch deshalb wurden die am Rande Europas noch vorhandenen Konflikte (Moldau, Südkaukasus) zwar lange Zeit unter Mediation der OSZE »eingefroren«, jedoch nicht gelöst. Insbesondere der wichtige Bereich der Konfliktbearbeitung und Konfliktprävention ist chronisch unterfinanziert. Der binnen kurzer Zeit eskalierte Konflikt in und um die Ukraine hat dieses Defizit auf dramatische Weise vor Augen geführt.

Parallel dazu wurde mit der Pariser Charta im Jahr 1990 die Dimension der menschlichen Sicherheit und Demokratieförderung (Korb 3) deutlich ausgeweitet, um die OSZE stärker für die Demokratieförderung in osteuropäischen und postsowjetischen Ländern zu nutzen. Die OSZE wird demzufolge, sofern überhaupt bekannt, vor allem als »Wahlbeobachtungsverein« wahrgenommen. Dabei können die Prinzipien der Sicherheitskörbe 2 und 3 prinzipiell auch in Zielkonflikte mit Prinzipien des 1. Korbes, wie dem Verbot der Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten, geraten. Bestimmte OSZE-Spezialgremien, wie zum Beispiel das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, haben mit ihrer eigenen Normsetzung mit dazu beigetragen, innerhalb der OSZE das westliche Menschenrechts- und Demokratieverständnis als Leitbild durchzusetzen.

In dem Maße, wie in der Vergangenheit die sicherheitspolitische Rolle der OSZE in den Hintergrund geraten ist, wurde auch die Anpassung und Modernisierung des Rüstungskontrollregimes an die veränderten politischen und militärischen Rahmenbedingungen blockiert. Die Folge sind Vertrauensverluste unter den Mitgliedern in Fragen der militärischen Sicherheit und Rüstungskontrolle. Im aktuellen Ukraine-Konflikt droht ein Wiederaufleben des klassischen »Sicherheitsdilemmas«, eine erneute Spaltung Europas in konkurrierende, militärisch hochgerüstete Machtblöcke ist nicht länger undenkbar. Eine Umkehr ist notwendig und möglich. Sie muss mit der Rückgewinnung der ursprünglichen Kernkompetenzen im Bereich der politisch-militärischen Sicherheit beginnen. Die bereits vorhandenen Strukturen kooperativer Sicherheit könnten weiter ausgebaut werden. Damit würden auch die Voraussetzungen geschaffen, um die OSZE später in ein System kollektiver Sicherheit umzuwandeln.

3.1 Vorschläge für eine »OSZE-Plus«

3.1.1 Politisch-militärische Dimension (Korb 1) stärken

Der Bereich ist für die Friedenssicherung und Vertrauensbildung insbesondere in sensiblen sicherheits- und militärpolitischen Fragen von zentraler Bedeutung und muss wieder gestärkt werden. Hierfür bietet sich der »Korfu-Prozess« an, der im Jahr 2009 von der griechischen Präsidentschaft initiiert und im Jahr 2012 in den »Helsinki 40+«-Prozess aufgenommen wurde. Dem »Korfu-Prozess« liegt der Vorschlag des damaligen russischen Präsidenten Dimitri Medwedjew für einen neuen gesamteuropäischen Sicherheitsvertrag von Vancouver bis Wladiwostok mit sicherheitspolitischen Aufgabenschwerpunkten zugrunde.

Dies betrifft

- die Rolle der OSZE bei der Frühwarnung und Konfliktverhütung sowie bei der Krisenbewältigung und Friedenskonsolidierung,
- die Modernisierung des Rüstungskontrollregimes und die Förderung der Vertrauensbildung unter den OSZE-Mitgliedern sowie
- das Zusammenwirken mit anderen Organisationen und Institutionen auf Grundlage der Plattform für kooperative Sicherheit aus dem Jahr 1999, wonach der OSZE eine integrative Schlüsselrolle zukommen soll.¹⁰

Selbstverständlich muss der Ausbau der vertrauensbildenden Maßnahmen im politisch-militärischen Bereich mit einer besseren Finanz- und Personalausstattung einhergehen. Bislang beläuft sich der deutsche Beitrag für die OSZE auf 17,5 Millionen Euro pro Jahr, was einem Anteil von 11,5 Prozent der Beiträge aller Mitglieder entspricht.

3.1.2 Wirtschaftliche Dimension (Korb 2) ausbauen

Probleme der wirtschaftlichen Sicherheit und Umweltsicherheit sollten weiterhin integrale Bestandteile der OSZE-Aktivitäten bleiben. Die Souveränität der einzelnen Mitglieder über den eigenen wirtschaftlichen Entwicklungsweg muss hierbei gewahrt bleiben.

[10] Vgl. www.osce.org/de/mc/87584, abgerufen 16. 2. 2015.

Im Bereich der Umweltsicherheit könnte die OSZE künftig eine größere Rolle für die Durchsetzung von klimapolitischen Zielen und für nachhaltige Energiesicherheit übernehmen. Die Auseinandersetzungen um die geostrategische Bedeutung von Förderquellen und Transitrouten fossiler Energieträger (Erdöl, Erdgas) bergen ein sicherheitspolitisches Konfliktpotenzial in sich, zumal die NATO die Sicherung von wichtigen Rohstoffressourcen als militärische Aufgabe betrachtet. Vor dem Hintergrund ihrer praktischen Erfahrungen könnte die OSZE auch in diesem Bereich ein geeignetes Forum darstellen, um eine sicherheitspolitische Zuspitzung von konkurrierenden Energieinteressen unter den Mitgliedern zu entschärfen und neue Formen regenerativer Energieerzeugung stärker zu fördern. Die erweiterte und vertiefte Energiekooperation zwischen den Mitgliedsländern käme auf der anderen Seite Sicherheitsgewinnen in den zwischenstaatlichen Beziehungen zugute.

3.1.3 Humanitäre Dimension und Menschenrechte (Korb 3) schützen

Der notwendige Schutz der Menschenrechte darf nicht die sicherheitspolitische Funktion der OSZE untergraben oder einem instrumentellen Menschenrechtsverständnis im Rahmen politischer Doppelstandards zur Durchsetzung verhelfen. Eine eigene Normsetzung von OSZE-Organen sollte in diesem Bereich unterbleiben. Freie und demokratische Wahlen sind in allen OSZE-Ländern unerlässlich. Wahlbeobachtungsmissionen der OSZE dürfen nicht nur auf die osteuropäischen und postsowjetischen Transformationsländer konzentriert werden, sondern müssen genauso in den westeuropäischen konsolidierten Demokratien und in den USA, der Türkei oder der Mongolei stattfinden. In enger Abstimmung mit dem Europarat sollten dabei sowohl die formale Wahldurchführung, aber auch der politische Prozess vor den Wahlen und die Wahlkämpfe beobachtet werden. Ob jedoch das Mehrheits- oder Verhältniswahlrecht im Einzelfall besser geeignet oder ein inklusiver beziehungsweise exklusiver Minderheitenschutz zu bevorzugen sind, sollte aus Gründen der Staatensouveränität den Mitgliedern selbst vorbehalten bleiben.

Die der Bundesregierung zuarbeitende Stiftung für Wissenschaft und Politik gelangt in einer aktuellen Studie zu der Einsicht, dass im Zuge der Neujustierung der europäischen Sicherheitsbeziehungen das Nichteinmischungsprinzip in innerstaatliche Angelegenheiten wieder deutlich gestärkt werden muss. Demnach müsse das bestehende und anerkannte Prinzip der territorialen Integrität



Heiko Sakurai

um die Unverletzlichkeit der innenpolitischen Ordnung erweitert werden.¹¹ Menschenrechte dürfen nicht als Vorwand für militärisch herbeigeführte Regimewechsel oder zur Durchsetzung von geostrategischen Interessen einzelner Großmächte dienen. Das bedeutet keineswegs, auf notwendige Kritik gegenüber innenpolitisch repressiven, autoritären Regimen zu verzichten. Menschenrechte haben eine zivile Logik und können nur im diskursiven Austausch ohne doppelte Standards glaubwürdig gefördert werden. Zwischen den Staaten bestehen zum Teil durch historische und kulturelle Traditionen bedingte erhebliche Unterschiede in der Auffassung und Auslegungspraxis von einzelnen Menschenrechtsnormen. Ein Verständigungsprozess zur Entwicklung gemeinsamer Menschenrechtsstandards innerhalb der OSZE ist deshalb sinnvoll.

Die Ratifizierung aller internationalen Menschenrechtsabkommen einschließlich vorhandener Fakultativprotokolle durch alle Mitglieder der OSZE ist in jedem Fall anzustreben. Mit Blick auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte (WSK-Rechte) ist ausdrücklich zu begrüßen, dass vor allem die Parlamentarische Versammlung (PV) der OSZE wiederholt als Kritikerin des angelsächsisch-neoliberalen Workfare-States (Sozialstaatsmodell der USA und Großbritanniens) in Erscheinung

[11] Vgl. Markus Kaim/Hanns W. Maull/Kirsten Westphal: Die gesamteuropäische Ordnung vor einer Zäsur – drei Leitlinien für einen Neubeginn, SWP-Aktuell 14/ Februar 2015, S. 5 f.

getreten ist. Auf der Jahrestagung der PV im Jahr 2014 in Baku in Aserbaidschan wurden mehrere Entschlüsse zur Stärkung der sozialen Rechte innerhalb der menschenrechtlichen Sicherheitsdimension angenommen. Das verdeutlicht, dass die OSZE im Rahmen ihres Aufgabenspektrums und erweiterten Sicherheitsverständnisses eine potenzielle Akteurin bei der Verteidigung und dem Ausbau von sozialen Menschenrechtsstandards in den Mitgliedsstaaten sein kann.

3.2 Stärkung von Entscheidungsorganen der OSZE

Parlamentarische Versammlung:

- Es muss mehr Mitsprache- und Einflussmöglichkeiten der PV in Haushaltsfragen und bei Wahlverfahren für OSZE-Gremien geben.
- Ein Ad hoc-Ausschuss für Reformen und Transparenz ist zusätzlich einzurichten.
- In den Mitgliedsstaaten sind unter Beteiligung der nationalen Parlamente Seminare/Foren durchzuführen.

Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs:

- Es sollte mindestens einmal pro Jahr ein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs geben, die reihum in den Mitgliedsstaaten stattfinden.

Vergleichs- und Schiedsgerichtshof:

- Die Ratifizierung des Übereinkommens für Vergleichs- und Schiedsverfahren durch alle OSZE-Mitglieder ist anzustreben.
- Der Gerichtshof soll die zentrale Anlaufstelle für alle sicherheitsrelevanten Streitfälle im OSZE-Vertragsraum sein und muss möglichst umgehend seine Tätigkeit aufnehmen.

3.3. Vorschläge für vertrauensbildende Maßnahmen und intensivere Abrüstungskontrolle

3.3.1 Wiener Dokument (WD):

Der Hauptzweck der im Jahr 1990 verabschiedeten und zuletzt im Jahr 2011 wesentlich revidierten Vereinbarung ist die Offenlegung von militärischen Beständen, die Herstellung von regelmäßigen militärischen Kontakten sowie die Schaffung von Transparenz bei allen militärischen Aktivitäten. Das WD dient damit der gegenseitigen Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und als Frühwarnsystem. Folgende Maßnahmen wären geeignet, das Wiener Dokument zukünftig krisenfester zu machen:

- die Absenkung der Schwellenwerte zur Beobachtung von ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten – bislang gilt als Schwellenwert die Beteiligung von mindestens 9 000 Soldaten, 250 Kampfpanzern oder Artilleriesystemen, 500 gepanzerten Kampffahrzeugen und 200 Kampfflugzeugen,
- die Erhöhung der Quoten für Gebietsinspektionen und Überprüfungsbesuche von militärischen Standorten zur Langzeitbeobachtung,
- die Ausweitung der Informations- und Untersuchungsbefugnisse auf Führungs- und Logistiktruppen sowie Truppen für innere Sicherheit, irreguläre Milizen und paramilitärische Verbände – bislang erfasst das WD lediglich die militärisch aktiven Strukturen von konventionellen Streitkräften, was bei innerstaatlichen bewaffneten Konflikten nicht ausreicht.
- Ausdehnung des räumlichen Geltungsbereichs des WD auf den amerikanischen Kontinent (USA, Kanada), den asiatischen Teil Russlands und die Mongolei.¹²

3.3.2 Vertrag über den Offenen Himmel (OHV):

Der im Jahr 2002 in Kraft getretene Vertrag über den Offenen Himmel (auch Open Skies Treaty) ergänzt und erweitert die Vor-Ort-Inspektionen des Wiener Dokuments, indem er Beobachtungsflüge mit zertifizierten Flugzeugen und Beobachtungssensoren vorsieht. Dem OHV gehören gegenwärtig 34 von 57 OSZE-Mitgliedern an, darunter die USA, Russland sowie die meisten NATO- und EU-Staaten, inklusive Deutschland. Die Wirksamkeit der Beobachtungsflüge liegt in ihrer kooperativen Gestaltung: Beobachtungs- und Begleitteam sind gemischt zusammengesetzt, befinden sich gemeinsam an Bord und tauschen die gewonnenen Informationen untereinander aus. An der Authentizität der auf diesem Weg gewonnenen Informationen besteht kein Zweifel, was unmittelbar der Vertrauensbildung zu Gute kommt.¹³ Die nationalen OHV-Kapazitäten sollten daher ausgebaut werden. Für die Bundesrepublik bedeutet dies die Anschaffung eines leistungsfähigen Flugzeugs, das ausschließlich für Flüge im Rahmen des OHV verwendet werden darf. Die Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik der Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat diese Forderung bereits in die Beratungen für den Bundeshaushalt

[12] Vgl. Wolfgang Richter: »Rüstungskontrolle und militärische Transparenz im Ukraine-Konflikt«, SWP-Aktuell 59/September 2014, Berlin, S. 4.

[13] Vgl. ebd., S. 5.

2015 eingebracht. Der baldige Vertragsbeitritt der noch fehlenden OSZE-Mitglieder zum OHV ist anzustreben.

3.3.3 Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag)

Russland hat den KSE-Vertrag vor dem Hintergrund der NATO-Osterweiterung und des neuen US-Raketenabwehrsystems Ende 2007 suspendiert, zumal sich die NATO-Staaten zusätzlich geweigert hatten, das im Dezember 1999 in Istanbul unterzeichnete KSE-Anpassungsabkommen (AKSE) zu ratifizieren. Das AKSE sollte das ursprüngliche militärische Gleichgewichtskonzept aus der Zeit des Blockgegensatzes durch nationale und territoriale Obergrenzen für jeden Vertragsstaat, unabhängig von seiner Bündniszugehörigkeit, ersetzen. Russland hat das AKSE im Jahr 2004 ratifiziert, weil aus russischer Sicht durch die Obergrenzen die Stationierung von zusätzlichen NATO-Kampftrouppen in den neu aufgenommenen osteuropäischen NATO-Mitgliedsländern strikt limitiert worden wäre. Russland akzeptierte hierfür einseitige Sonderbegrenzungen für seine eigenen Streitkräfte im Kaukasus (Sezessionsgebiete Georgiens, Armenien) und in Nordeuropa, forderte aber nach der ausgebliebenen Ratifikation durch die NATO-Staaten deren Aufhebung.

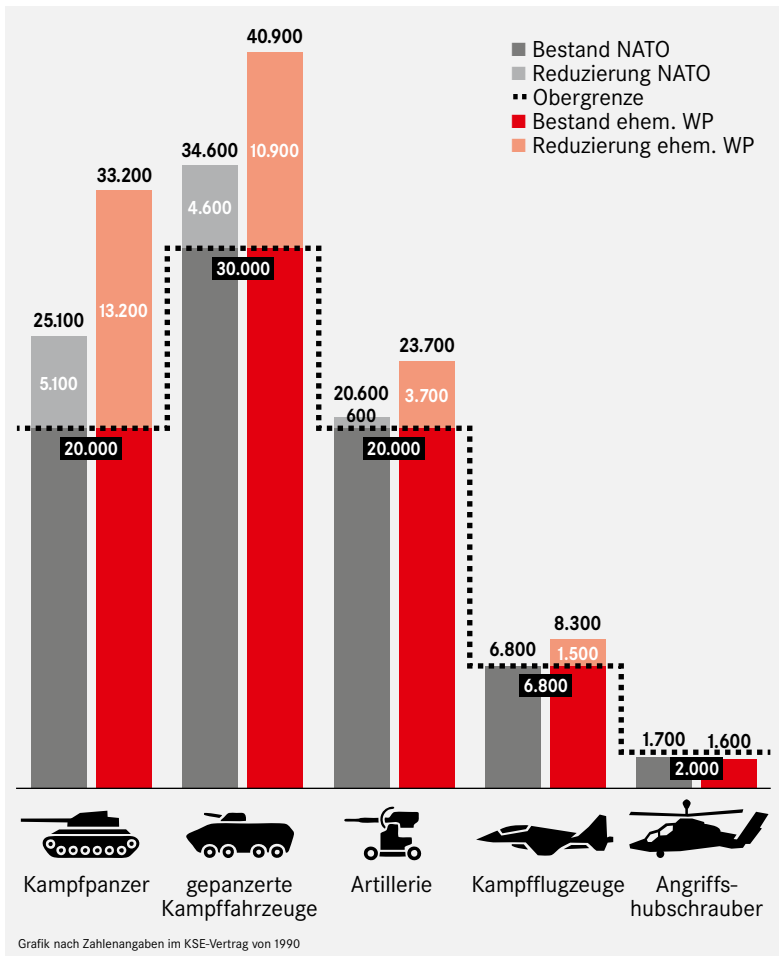
Anfang 2015 hat sich Russland endgültig dazu entschieden, aus dem KSE-Vertrag auszusteigen. Der Wegfall des KSE-Vertrags wiegt sicherheitspolitisch schwer, da nunmehr keine Transparenz und Kontrolle über die konventionellen Waffen- und Truppenbestände gegeben sind. Vereinbarte Untersuchungsobjekte waren alle Truppenteile, die über vertragsbegrenzte Waffen und Ausrüstungen verfügen, also auch Depots sowie Logistik- und Führungstruppen. Hinzu kamen zulässige Verdachtsinspektionen in spezifizierten Gebieten des gesamten Vertragsgeltungsbereichs sowie eine hohe Zahl von Inspektionsquoten, was eine engmaschige Kontrolle ermöglichte.¹⁴

Das geostrategische Interesse der USA bestand (und besteht) jedoch darin, die NATO-Erweiterung in den osteuropäischen, postsowjetischen Raum voranzutreiben, ohne dabei Streitkräfte- und Waffenbeschränkungen hinnehmen oder Rüstungskontrollauflagen einhalten zu müssen.

[14] Vgl. ebd., S. 7.

Gerade vor diesem Hintergrund sollte DIE LINKE mit Nachdruck die Neuaufnahme von Verhandlungen über das AKSE fordern und hierbei die OSZE als geeignete Kontrollinstanz empfehlen. Die vertragliche Kontrolle von konventionellen Streitkräften bleibt trotz veränderter, zunehmend asymmetrischer Konfliktszenarien für Frieden und Sicherheit in Europa und darüber hinaus unverzichtbar.

KSE: Bestände und Reduzierungen Gesamteuropa



4. Auflösung der NATO als Beitrag für Sicherheit und Frieden

Der Austritt aus den militärischen Strukturen der NATO ist für die perspektivische Auflösung der NATO der aussichtsreichste Weg. Der Austritt Deutschlands als ein maßgeblicher europäischer NATO-Akteur hätte deutliche Auswirkungen auf den Zusammenhalt und den Fortbestand des Militärbündnisses. Auch Frankreich war in der Vergangenheit zeitweilig aus den militärischen Strukturen ausgetreten, ohne dass sich die NATO als Ganzes aufgelöst hätte. Zum damaligen Zeitpunkt gab es jedoch noch den Kalten Krieg beziehungsweise den militärisch ausgeprägten Blockgegensatz zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt, der auf die übrigen NATO-Mitglieder »disziplinierend« wirkte. In der gegenwärtigen Übergangsphase von einer unipolaren zu einer multipolaren Weltordnung ist die »Selbstdisziplin« dagegen deutlich schwächer ausgeprägt. Die einzelnen NATO-Mitglieder formulieren ihre eigenen nationalen Interessen zunehmend offener und vertreten diese auch selbstbewusster. Das kann je nach Interessenlage zu unterschiedlichen Verhaltensweisen führen. Im Jahr 2003 hat sich Deutschland einer aktiven Teilnahme am Krieg der USA gegen den Irak verweigert. Auf der anderen Seite hat das NATO-Mitglied Frankreich die Zahl seiner Militärinterventionen in afrikanischen Staaten erhöht. Zusammen mit Großbritannien wurde 2011 mithilfe massiver Luftschläge die UN-Sicherheitsratsresolution 1973 für die Errichtung einer Flugverbotszone missbraucht, um im libyschen Bürgerkrieg zugunsten der Aufständischen einzugreifen und den damaligen Machthaber Muammar al-Gaddafi zu stürzen.

Nach dem Austritt aus den militärischen Strukturen könnte der Verbleib in den politischen Strukturen der NATO dafür genutzt werden, die Militärallianz bis zu ihrer endgültigen Auflösung durch den Einsatz von Vetomöglichkeiten handlungsunfähig zu machen. Die zentrale politische Entscheidungsinstanz ist der NATO-Rat. Seine Entscheidungen müssen im Konsens getroffen werden. Falls ein Mitglied dort sein Veto einlegt, kommt keine Entscheidung zustande.

Damit ließen sich zum Beispiel verhindern:

- die Verabschiedung neuer strategischer Konzepte (Ausdehnung des Aufgabenspektrums und Stärkung offensiver militärischer Fähigkeiten),

- Beschlüsse für neue Militärinterventionen und Kriege sowie
- Beschlüsse für die Aufnahme von neuen Mitgliedern beziehungsweise für neue Teilnehmer an der NATO-Partnerschaft für den Frieden.

Aus den militärischen Strukturen der NATO auszutreten und gleichzeitig ihre politischen Strukturen zu nutzen, die militärische Aufrüstung und Militärinterventionen zu verhindern, würde den Frieden in der Welt stärken und die Durchsetzung einer zivilen Sicherheitsstrategie erleichtern. Es gäbe bessere Chancen und auch mehr finanzielle Mittel, um die vorhandenen zivilen Sicherheitsstrukturen unter dem Dach der OSZE im beschriebenen Sinn auszubauen und zu einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit weiterzuentwickeln. Auf längere Sicht könnte dem Militärbündnis NATO damit die Existenzgrundlage dauerhaft entzogen werden. Dieser Prozess, die NATO abzubauen und gleichzeitig die OSZE auszubauen, sollte möglichst komplementär verlaufen, um die Entstehung eines Sicherheitsvakuumms in Europa zu verhindern.

Zeitleiste-OSZE

- 1970** Willy Brandts Kniefall beim Besuch in Polen:
Symbol für eine neue Ostpolitik der BRD
- 1972** USA und Sowjetunion unterzeichnen ABM-Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen im Rahmen von SALT-I; zwischenzeitlich als Ende des Kalten Krieges betrachtet
- 1973** Erste Konferenz der KSZE, Start des Helsinki-Prozesses
- 1975** Erster KSZE-Gipfel der Staatschef, Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki



Nach über zweijährigen Verhandlungen in Genf unterzeichnen die Staats- und Regierungschefs der 35 Teilnehmerstaaten am 1. August 1975 die KSZE-Schlussakte in Helsinki. Bundesarchiv/183-P0805-314/Horst Sturm

- 1979** Sowjetunion und USA unterzeichnen SALT-II Vertrag zur Begrenzung von nuklearen Interkontinental- und Mittelstreckenraketen
Sowjetischer Einmarsch in Afghanistan und
NATO-Doppelbeschluss

- 1983** US-Präsident Ronald Reagan startet Starwars-Programm (SDI), um uneinholbaren Vorsprung im Rüstungswettlauf zu erhalten und strategische Zweitschläge auszuschließen
- 1984** Konferenz zu Abrüstung und vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen
- 1989** Fall der Berliner Mauer
- 1989 bis 1991** Auflösung der Sowjetunion
- 1990** Zweiter KSZE-Gipfel der Staatschefs, Unterzeichnung des KSE-Vertrages und Start des Institutionalisierungsprozesses der Konferenz (Charta von Paris)
Wiener Dokument zur gegenseitigen Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle tritt in Kraft
- 1991** Gründung der Parlamentarischen Versammlung der KSZE und erstes Treffen der Außenminister
- 1992** Ehemalige Sowjetrepubliken werden als Mitgliedstaaten aufgenommen
Unterzeichnung des Vertrags über den Offenen Himmel
Dritter KSZE-Gipfel der Staatschefs vor dem Hintergrund neuer Konflikte auf dem Balkan
Erste Feldoperationen der KSZE in Jugoslawien
- 1993** Deutschland stellt den ersten Generalsekretär der KSZE
US-Präsident Bill Clinton reduziert SDI-Programm
- 1994** Vierter Gipfel der Staatschefs in Budapest, Umbenennung in OSZE ohne völkerrechtliche Gründung einer Organisation, Budapester Memorandum zum Nuklearwaffenverzicht der Ukraine, Kasachstans und Weißrusslands
- 1995** Fünfter Gipfel der Staatschefs in Lissabon
- 1999** Sechster Gipfel der Staatschefs in Istanbul, Unterzeichnung des KSE-Anpassungsabkommen
- 1999** Polen, Tschechien und Ungarn treten der NATO bei

- 2001** Nach dem 11. September vereinbart der Ministerrat den Bukarester Aktionsplan für Kampf gegen den Terror
- 2002** Ministerrat verabschiedet »Charta zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus«
Die USA treten vertragsgemäß vom ABM-Vertrag zurück
Vertrag über den offenen Himmel tritt in Kraft
- 2004** Russland ratifiziert KSE-Anpassungsvertrag
Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien treten der NATO bei
- 2007** Russland suspendiert KSE-Vertrag, nachdem NATO-Staaten sich weigern, AKSE zu ratifizieren
- 2008** Fünftagekrieg zwischen Georgien und Russland um Südossetien
- 2009** Beginn des »Korfu-Prozesses«, um Vertrauen aufzubauen und den europäischen Sicherheitsdialog wiederaufzunehmen
Albanien und Kroatien treten der NATO bei
- 2010** Siebenter Gipfel der Staatschefs scheitert: keine Einigung auf Aktionsplan und künftige Aufgaben und Reform der OSZE
- 2014** Ukraine-Konflikt zwischen Russland und den USA/der NATO. Die OSZE vermittelt im Ukraine Konflikt und führt gemäß dem Minsker Abkommen Beobachtermissionen durch.

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030/22 75 11 70, Fax: 030/22 75 61 28

E-Mail: fraktion@linksfraktion.de

V.i.S.d.P. Sahra Wagenknecht, MdB, Dietmar Bartsch, MdB

Redaktion: Heiko Lagner

Redaktionsschluss: 4. September 2015

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

www.linksfraktion.de